

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/12/2024

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
am 16.12.2024,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 18:30 Uhr
Ende der Sitzung : 18:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Peter Egan

Stadtverordnete/r

Herr Dr. Bernd Buchholz

Herr Stefan Gertz

Herr Arthur Klaus Korte

i. V. f. D. Levenhagen

Herr Béla Randschau

Herr Christian Schubbert-von Hobe

i. V. f. N. Levenhagen

Herr Wolfdietrich Siller

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Emma Bley

bis TOP 6

Herr Stephan Lamprecht

Frau Susanne Lohmann

Frau Jule Niehus

bis TOP 6

Herr Dr. Detlef Steuer

Frau Anne-Marie van Oosterum-Arnu

bis TOP 6

Verwaltung

Herr Eckart Boege

Frau Yvonne Borgwardt

Protokollführerin

Herr Marcel Grindel

Entschuldigt fehlt/fehlen

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Berichte der Verwaltung
- 5.1. Bericht bzgl. Verwaltungshandeln
6. Erweiterung des Rathauses/Genehmigung einer außerplanmäßigen Aufwendung **2024/111**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Egan begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzender stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Boege beantragt einen neuen TOP 5 „Berichte der Verwaltung/Arbeitshandeln der Verwaltung“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: alle dafür

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 7 Vorlagen-Nr. 2024/113 in nicht öffentlicher Sitzung aufgrund einer Personalangelegenheit zu.

Abstimmungsergebnis: alle dafür

Anschließend stimmen die Mitglieder des Hauptausschusses über die gesamte Tagesordnung ab.

Abstimmungsergebnis: alle dafür

5. Berichte der Verwaltung

5.1. Bericht bzgl. Verwaltungshandeln

Bürgermeister Boege nimmt Bezug auf die Diskussion im vorhergehenden Hauptausschuss zum Verfahren der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes (FNP).

Seitens der Politik waren in dem Ausschüsse Vorwürfe bzgl. Eigeninteressen, Untätigkeit und vorsätzlich unvollständige Darstellung der Handlungsmöglichkeiten gegenüber Verwaltung geäußert worden. Diese Vorwürfe sind nachweislich falsch. Zum Vorwurf der Eigeninteressen war bereits in der letzten Hauptausschusssitzung darauf hingewiesen worden,

dass der Vorwurf absurd ist, da die Stadtplanung sich von vornherein und mehrfach auch beim Innenministerium dafür eingesetzt hat, die in Rede stehende Fläche als Weißfläche aufzunehmen.

Den Vorwurf der Untätigkeit widerlegt der Bürgermeister mit Verweis auf einen Bericht im BPA am 19.03.2024, wörtlich heißt es darin „Die Verwaltung erreichte im März 2024 die Information, dass das Innenministerium diese Fläche nun doch als GE- Erweiterungsfläche ansieht und der Regionalplan Abgrenzung der „Weißfläche“ in die Siedlungsachse aufnehmen wird. Dies würde nun die Möglichkeit eröffnen, die „Weißfläche“ im FNP-Entwurf zu belassen“. Kurz danach am 21.03.2024 erfolgte durch die Verwaltung eine konkrete Anfrage per E-Mail an das Innenministerium, ob die Ausweisung der Weißfläche vor dem Hintergrund der absehbaren Änderung der Regionalplanung nun doch möglich wäre.

Fast zwei Monate später erhielt die Verwaltung eine Antwort aus dem Referat Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht mit einer klaren Empfehlung.: „Im vorliegenden Fall kann hinsichtlich der ersten Entwürfe der Regionalpläne nicht von einer sicher geänderten Fachplanung ausgegangen werden, da wie bereits erwähnt die erforderliche Planreife der Regionalpläne noch nicht absehbar ist (...) Es wird daher empfohlen, eine Darstellung (z.B. landwirtschaftlichen Fläche) vorzunehmen, die mit den Zielen der Raumordnung vereinbar ist“.

Für die ebenfalls in dem Schreiben dargelegte Alternative wurde ein ausreichender Planungsstand der Regionalpläne zur Voraussetzung gemacht: „Alternativ kann die Stadt eine gewerbliche Baufläche darstellen, ein erneutes Beteiligungsverfahren durchführen und den Antrag auf Genehmigung erst einreichen, sobald die raumordnerischen Vorgaben einen ausreichenden Planungsstand erreicht haben“. Dieser Planungsstand ist bis heute nicht erreicht, da die Auslegung des 2. Entwurfs des Regionalplans noch aussteht.

Auf Basis dieser Information war die Aussage getroffen worden, dass die Aufnahme des Gewerbegebietes in den neuen FNP aktuell nicht möglich ist. Die Möglichkeit eines Zielabweichungsverfahrens war vom Innenministerium nicht erwähnt worden; nachdem diese Option im Rahmen des Landesplanungsrates gegenüber Herrn Dr. Buchholz aufgezeigt worden war, hat die Verwaltung umgehend ein Gespräch mit Frau Domin und Frau Fedder-Schütz geführt und die neuen Erkenntnisse im folgenden BPA dargestellt.

Bürgermeister Boege fordert dazu auf, die eingangs zitierten Vorwürfe zukünftig zu unterlassen.

2024/111

6. Erweiterung des Rathauses/Genehmigung einer außerplanmäßigen Aufwendung

Nach eingehender Diskussion empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung dem nachfolgenden Beschlussvorschlag

zuzustimmen:

„Einer außerplanmäßigen Aufwendung für die Rathuserweiterung in Höhe von 300.000 € wird zugestimmt. Die Deckung wird gewährleistet durch Minderauszahlungen in derselben Höhe für die Aufzüge im Tunnel Manhagener Allee.“

Abstimmungsergebnis: alle dafür

gez. Peter Egan
Meissner
Vorsitzende/r

gez. Yvonne Borgwardt Elisabeth
Protokollführer/in